



Hauptausschuss

27. Sitzung (öffentlich)

14. März 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:05 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Tagesordnungspunkt 1 wird auf Bitte von **Angela Freimuth (FDP)** aufgrund zusätzlichen Beratungsbedarfs zum Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf die Ausschusssitzung am 4. April 2019 vertagt.

Tagesordnungspunkt 2 wird auf Anraten des **Vorsitzenden Dr. Marcus Optendrenk** auf die Ausschusssitzung am 4. April 2019 verschoben, da der federführende Ausschuss für Kommunales, Bauen und Wohnen seine Beratung in Erwartung weiterer Änderungsanträge auf seine Ausschusssitzung am 5. April 2019 vertagt.

Die Beratung zu Tagesordnungspunkt 4 wird auf Bitte von **Daniel Hagemeier (CDU)** aufgrund weiteren Beratungsbedarfs zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD vertagt.

Auf Wunsch von **CdS Nathanael Liminiski** soll Tagesordnungspunkt 5 erst nach den Tagesordnungspunkten 6 und 7 aufgerufen werden. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 6

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3005

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5126

Stellungnahme 17/1037
Stellungnahme 17/1079
Stellungnahme 17/1138
Stellungnahme 17/1210
Stellungnahme 17/1258

Die Beratung zum Tagesordnungspunkt wird vertagt (*siehe
„Vor Eintritt in die Tagesordnung“*)

**2 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer
wahlrechtlicher Vorschriften 7**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3776

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4305

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5082

Ausschussprotokoll 17/551

Die Beratung zum Tagesordnungspunkt wird vertagt (*siehe
„Vor Eintritt in die Tagesordnung“*)

3 Islam in Nordrhein-Westfalen: Interreligiösen Austausch intensivieren – Dialog mit Muslima und Muslimen auf eine neue Grundlage stellen 8

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5068

- Verfahrensberatung sowie abschließende Beratung und Abstimmung

a) Verfahrensberatung

Da der federführende Ausschuss nicht wie in der Obbleuterunde angenommen eine Anhörung zum Antrag beschlossen hat, kommt der Ausschuss entgegen der Absprache in der Obbleuterunde überein, bereits abschließend über den Antrag zu beraten und zu votieren.

b) abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP – Drucksache 17/5068 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.

4	Leistungen deutschstämmiger Zugewanderter, der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler wertschätzen – unsere und ihre Geschichte lebendig halten	10
---	--	----

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3526

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4294

Die Beratung zum Tagesordnungspunkt wird vertagt (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

**5 Bericht des Beauftragten der Landesregierung Heiko Hendriks (be-
antragt durch die Fraktion der SPD; siehe Anlage) 11**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1789

– Diskussion

*Der Tagesordnungspunkt wird nach Tagesordnungspunkt 7
aufgerufen (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)*

**6 Bericht über den aktuellen Sachstand zur Verleihung von Körper-
schaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften
sowie zum Sachstand der Anerkennungsverfahren muslimischer
Verbände (beantragt durch die Fraktion der SPD; siehe Anlage) 22**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1790

– Diskussion

7 Bericht zum aktuellen Sachstand der Glücksspielstaatsvertragsnovelle 25

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1787

– Diskussion

8 Verschiedenes 29

Der Ausschuss kommt überein, die für den 12. September
2019 angesetzte Ausschusssitzung mit einem Besuch der
Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf zu verbinden.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 wird auf Bitte von **Angela Freimuth (FDP)** aufgrund zusätzlichen Beratungsbedarfs zum Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf die Ausschusssitzung am 4. April 2019 vertagt.

Tagesordnungspunkt 2 wird auf Anraten des **Vorsitzenden Dr. Marcus Optendrenk** auf die Ausschusssitzung am 4. April 2019 verschoben, da der federführende Ausschuss für Kommunales, Bauen und Wohnen seine Beratung in Erwartung weiterer Änderungsanträge auf seine Ausschusssitzung am 5. April 2019 vertagt.

Die Beratung zu Tagesordnungspunkt 4 wird auf Bitte von **Daniel Hagemeier (CDU)** aufgrund weiteren Beratungsbedarfs zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD vertagt.

Auf Wunsch von **CdS Nathanael Liminiski** soll Tagesordnungspunkt 5 erst nach den Tagesordnungspunkten 6 und 7 aufgerufen werden. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

2 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3776

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4305

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5082

Ausschussprotokoll 17/551

Die Beratung zum Tagesordnungspunkt wird vertagt (siehe
„Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

